



## **Newsletter *Migration und Integration*, Ausgabe 16 / 2011**

---

Bremen, 4. Oktober 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

Liebe Freundinnen und Freunde,

in der heutigen Ausgabe lesen Sie die zweite integrationspolitische Auswertung des Koalitionsvertrages; diesmal zu den Ressortbereichen Bildung und Gesundheit. Außerdem möchten wir Sie über die zurückliegende Bürgerschaftsdebatte zum Thema Anti-Diskriminierung informieren sowie über unsere zahlreichen parlamentarische Initiativen.

Viel Freude beim Lesen wünschen

Zahra Mohammadzadeh und Antrhin Simon

---

### **Integrationspolitik in der neuen Legislatur**

**Das Versprechen lautet: Bildung und Gesundheit für alle – in der Praxis müssen wir dafür sorgen, dass es wirklich „für alle“ ist!**

Ein Beitrag von Zahra Mohammadzadeh

Auch in den Aufgabenfeldern Bildung und Gesundheit hält der Koalitionsvertrag Vielversprechendes für die Bremer Migrantinnen und Migranten bereit. Gute Bildung für alle, einfacher lässt sich nicht ausdrücken, was das Ziel des integrationspolitischen Beitrages einer grünroten Bildungspolitik sein muss. Vielfalt soll gefördert werden: ein gutes Bildungssystem fängt früh damit an. Deshalb steht die Verzahnung der Förderangebote im Vorschulalter und in den ersten Schuljahren ganz oben in der Rangliste. Ganz ohne Mittel wird das nicht gehen, deshalb sollen Ausstattung und Arbeitsbedingungen in den Schulen in sozialen Brennpunkten verbessert werden. In dieser Hinsicht sieht die Koalition auch Berufsausbildung und

Weiterbildung als die zentralen Herausforderungen. Jedes dritte Schulkind in Bremen hat einen Migrationshintergrund, im Kindergarten sind es etwa 50 %. Aber die meisten von ihnen bleiben noch in den unteren Etagen des Bildungs- und Ausbildungsgebäudes stecken. Rotgrün redet im Koalitionsvertrag nicht um den heißen Brei herum: „Auf benachteiligte Schülerinnen und Schüler werden wir die Maßnahmen in den nächsten vier Jahren besonders konzentrieren“, heißt es wörtlich. Alle Einzelmaßnahmen der Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sollen systematisch neu bewertet werden. Nach wie vor wird den Deutschkenntnissen der höchste Stellenwert in der Förderungspalette eingeräumt. Gleichzeitig soll aber, und das ist neu, die Mehrsprachigkeit der Schülerinnen und Schüler als mitgebrachte Ressource aufgegriffen werden. Konkret: wir wollen das Prinzip Mehrsprachigkeit in der Grundschule fördern. Bremen ist auch eine multireligiöse Stadtgesellschaft. In Zukunft sollen alle Schülerinnen und Schüler einen Unterricht erhalten, der die Geschichte der Religionen, ihre großen Erzählungen, ihre Fragen, ihre Kritik und ihre bis heute fortdauernde Wirkung zum Gegenstand hat. Bei der praktischen Umsetzung dieses Ziels soll ein Beirat der großen Religionsgemeinschaften mithelfen.

Bremen will auch mit der lange erhobenen Forderung ernst machen, Schulen als Orte der Integration wahrzunehmen. Voraussetzungen dafür sind Vielfalt im Unterrichtsangebot und Multiprofessionalität des Lehrkörpers. Interkulturelle Kompetenz soll ein ebenso fester Bestandteil der Lehrausbildung werden wie Genderkompetenz und Inklusionspädagogik. Schul- und Ausbildungsabbrüchen gilt ein weiterer Benchmark des Koalitionsvertrages. Insbesondere in den Betrieben tragen bereits viele Akteure durch Beratungstätigkeit, ausbildungsbegleitende Hilfen und Moderation bei, aber als funktionierendes Frühwarnsystem kann dieses vielfältige Engagement noch besser zusammengeführt und professionalisiert werden. Unter anderem sollen Kooperationsvereinbarungen dafür sorgen, ebenso wie dafür, die Benachteiligung von Migrantinnen und Migranten bei der durchaus hohen allgemeinen Weiterbildungsquote (40 %) abzubauen.

Die noch mangelnde Integration im Bildungswesen wirkt sich nicht zuletzt auf die Gesundheit der Menschen aus. Ein niedriger Bildungs- und Sozialstatus erschwert den Zugang zu Informationen, Versorgungsangeboten und -einrichtungen. Auch künftig sollen die schon erheblichen Anstrengungen Bremens zur gesundheitlichen Integration durch interkulturelle Öffnung des Gesundheitswesens dem Rechnung tragen. Um den Bedarf in dieser Hinsicht besser einschätzen zu können, soll die Gesundheitsberichterstattung eine stärker interkulturelle Ausrichtung bekommen. Die Verankerung der vorhandenen Dolmetscherdienste, vermehrte Einstellung qualifizierter Migrantinnen und Migranten und Förderung der Gesundheitsbildung sind weitere wichtige Komponenten des interkulturellen Ansatzes in der Gesundheitsversorgung. Nicht zu vergessen: die Sicherung der bisherigen Angebote für eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Aufenthaltspapiere.

Alles in allem ein eindrucksvolles Paket. Aufschnüren müssen es in der Praxis die verschiedenen Akteurinnen und Akteure in den beteiligten Bereichen.

## **Bericht aus der Bürgerschaft**

### **Netzwerk gegen Diskriminierung bilden: Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft**

Diskriminierungen von Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder aus rassistischen Gründen, wegen des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität sind nicht hinnehmbar. Mit einem in der vergangenen Bürgerschaftswoche beschlossenen Antrag von Grünen und SPD wird der Senat aufgefordert, sich auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene für die Bekämpfung von Benachteiligungen einzusetzen.

Zahra Mohammadzadeh, integrations- und migrationspolitische Sprecherin, führte die Punkte auf, die Grundlage des Antrages waren: „Nichts ist so schwer, wie verinnerlichte Verhaltensweisen zu ändern. Wir müssen der Diskriminierung entgegenwirken.“ Bitte weiterlesen unter: [http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/391/391836.die\\_sitzungen\\_im\\_september\\_2011.html](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/391/391836.die_sitzungen_im_september_2011.html)

## **Parlamentarische Initiativen**

### **Kleine Anfrage Aufenthalt für „gut integrierte“ Jugendliche und Heranwachsende**

Mit der Neuregelung des Bundes zum Aufenthaltsgesetz wurden die landesrechtliche Regelungen Bremens, die bekannt wurden als „Bremer Erlass“, außer Kraft gesetzt. Die Grüne Bürgerschaftsfraktion hat sich deshalb mit einer Kleinen Anfrage beim Senat erkundigt, welche Konsequenzen sich daraus für „gut integrierte“ Jugendliche ergibt und wie sich die Zahlen verändert haben. Sobald uns die Antwort vorliegt, werden wir darüber informieren.

Die Kleine Anfrage finden Sie unter [http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/389/389807.kleine\\_anfrage\\_aufenthalt\\_fuer\\_gut\\_integ.pdf](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/389/389807.kleine_anfrage_aufenthalt_fuer_gut_integ.pdf)

### **Kleine Anfrage Zugang zum Führerschein für MigrantInnen**

Die theoretische Führerscheinprüfung auf Deutsch abzulegen, stellt für viele Menschen mit einer nicht-deutschen Muttersprache eine große Barriere dar, um mobil zu werden. Viele von ihnen wären problemlos in der Lage, die praktische Führerscheinprüfung von den Kenntnissen und Fähigkeiten her zu bestehen, jedoch verfügen sie nicht über ausreichende deutsche Sprachkompetenz für die Theorieprüfung. Daher hat sich die Grüne Fraktion an den Senat gewandt, um zu erfahren, welche mehrsprachigen Angebote es gab bzw. gibt.

Die Kleine Anfrage finden Sie unter: [http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/392/392245.kleine\\_anfrage\\_zugang\\_zum\\_fuehrerschein.pdf](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/392/392245.kleine_anfrage_zugang_zum_fuehrerschein.pdf)

## **Antwort auf die Kleine Anfrage zu Einbürgerungen in Bremen liegt vor**

Die Einbürgerung von Bremerinnen und Bremern mit Migrationshintergrund sehen wir als wichtige Komponente des Bremer Integrationskonzepts an. Deshalb hatte sich die Grüne Fraktion nach dem aktuellen Stand erkundigt. Die Antwort des Senats liegt nun vor.

Die Antwort auf die Kleine Anfrage „Die Menschen an der Gesellschaft partizipieren lassen - Einbürgerung fördern“ finden Sie unter [http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/389/389152.kleine\\_anfrage\\_die\\_menschen\\_an\\_der\\_gesel.pdf](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/389/389152.kleine_anfrage_die_menschen_an_der_gesel.pdf)

## **Aktuelles**

### **Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket in der Stadtgemeinde Bremen auch für Kinder von AsylbewerberInnen**

Der Bundesgesetzgeber hatte zu der Frage, ob Kinder von Asylbewerber/innen auch Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets bekommen, keine klare Regelung getroffen. Während Kinder von Asylbewerber/innen, die schon 4 Jahre in Deutschland leben, ihre Leistungen in analoger Anwendung des SGB XII erhalten und damit auch Zugang zu den Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets haben, ist dies bei den anderen Kindern nicht geregelt. Im Sinne einer Gleichbehandlung von Kindern und Jugendlichen, die teilweise die gleichen Schulen oder Kindergärten besuchen und zur Förderung der Integration auch dieser Kinder hält der Senat es für notwendig, auch hier Leistungen gewähren zu können. Daher hat der Senat beschlossen, **als freiwillige kommunale Leistung auch den Kindern von Asylbewerber/innen die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets zu gewähren, die noch nicht 4 Jahre in Deutschland sind.**

Die Forderung nach einer bundeseinheitlichen Regelung wurde nun vom Bundesrat in Berlin am 23. September 2011 beschlossen. Die Länderkammer folgte damit einem Antrag der Länder Bremen, Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen.

Den Beschluss des Bundesrates finden Sie hier: [http://www.bundesrat.de/cln\\_171/SharedDocs/Drucksachen/2011/0301-400/364-11\\_28B\\_29,templated=raw,property=publicationFile.pdf/364-11\(B\).pdf](http://www.bundesrat.de/cln_171/SharedDocs/Drucksachen/2011/0301-400/364-11_28B_29,templated=raw,property=publicationFile.pdf/364-11(B).pdf)

### **Förderprogramm holt Jugendliche aus der Warteschleife**

Um AltbewerberInnen in Bremen und Bremerhaven eine betriebliche Ausbildung zu ermöglichen, hat die Deputation für Wirtschaft und Arbeit heute Fördermittel in Höhe von 520.000 Euro freigegeben. Dazu erklärt Frank Willmann, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Grünen: „Wir unterstützen damit junge Menschen, die bisher auf dem Ausbildungsmarkt kaum Chancen hatten. Das sind insbesondere Jugendliche mit schlechten Schulabschlüssen. Aber auch Jugendliche mit Migrationshintergrund sind bei der Lehrstellensuche oft benachteiligt und sollen deshalb gefördert werden.“

Jugendliche brauchen echte Perspektiven statt jahrelanger Warteschleifen. Ohne Berufsabschluss sind die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt schlecht. Wir wollen mit dem Förderprogramm die Startchancen junger BremerInnen und BremerhavenerInnen erhöhen.“ Lesen Sie weiter unter:

[http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/389/389911.foerderprogramm\\_holt\\_jugendliche\\_aus\\_der.html](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/389/389911.foerderprogramm_holt_jugendliche_aus_der.html)

## **Ansprechpartnerinnen für Nachfragen:**



Zahra Mohammadzadeh, integrations- und migrationspolitische Sprecherin  
[zahra.mohammadzadeh@gruene-bremen.de](mailto:zahra.mohammadzadeh@gruene-bremen.de)  
Tel.: 3011 – 155



Antrhin Simon, Parlamentarische Beraterin für Migration und Intergration  
[antrhin.simon@gruene-bremen.de](mailto:antrhin.simon@gruene-bremen.de)  
Tel.: 3011 – 238

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.

Zum Abmelden des Newsletters führen Sie folgenden URL im Browser aus:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/migration-bremen>